

Die EXEKUTIVE

Nr. 5 | 2023 | € 3,97



**Folge einer 32-Stunden Woche.
Will das wer?**

Foto: Adobe Stock



Mag. Sascha Flatz

Rechtsanwalt und Verteidiger in Strafsachen

Ihr Spezialist in den Rechtsgebieten:
**Strafrecht, Verwaltungsstrafrecht,
Medizinrecht, Familienrecht**

Rathausstraße 5/3, A-1010 Wien • Tel.: +43(1)4026467
www.rechtsanwalt-flatz.at • office@rechtsanwalt-flatz.at

Facharzt für Urologie
Univ. Prof. Dr.

Richard Zigeuner

Stellv. Leiter Univ. Klinik Graz

gesamte Urologie inklusive
laparoskopische Eingriffe (Niere)
urologische Tumorerkrankungen

Ord.: Mo + Do 16-22 Uhr nach
tel. Voranmeldung (nur privat)
unter 0664 / 92 03 706

Franckstraße 21
8010 Graz
(Parterre links)
www.urologe-zigeuner.at



- Bau- & Planungskoordination
- Raum- & Interiordesign

Vom Raum zum Traum –
unter diesem Motto bieten
wir anspruchsvolle und
ganzheitliche Lösungen für
Häuser und Wohnungen.

Wir begleiten unsere Auftrag-
geber nach Wunsch ab der
ersten Idee durch die
Planung über den Bau
bis hin zur fertigen
Innenarchitektur
mit Ausgestaltung.



Antonius – Apotheke Wagna

Mag. Birgit Bartl – Martiniuk KG

Marburgerstraße 87
8435 Wagna

Telefon: +43 3452 71721
Fax: + 43 3452 7172 - 4
E-Mail: office@antonius-apo.at



Meine Versicherung

Pensionsvorsorge
mit der ÖBV



Wohl und verdient in die Pension.

Gezielt vorsorgen.

- > Beratung zum Pensionskonto? Wir haben die Antworten.
- > Was gilt für Sie als BeamtInnen, Vertragsbedienstete und Angestellte?
- > Pensionsversicherungen, die zu Ihnen passen!

Wir sind für Sie da: 059 808 | service@oebv.com | www.oebv.com

Weitere Produktinformationen finden Sie in den Basisinformationsblättern unter www.oebv.com/bib.

Traum.Ziel.Leben.

Deine Personalvertretung!

Cybermobbing soll härter bestraft werden

9



IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Kameradschaft der Exekutive Österreichs im ÖAAB,
1080 Wien, Laudongasse 16

Vorsitzender: Reinhard Zimmermann

Pressereferent: Leonhard Schinkel, Gerhard Diem

Redaktion: 1080 Wien, Laudongasse 16,
Telefon: 01 / 401 43 226.

Büro erreichbar: Mittwoch und Donnerstag: 8.00-15.00 Uhr
Freitag: 8.00 - 12.00 Uhr, BAWAG PSK-Konto Nr. 1280764

Anzeigenleitung: Leopold Schneider

Inhalt: Informationen und Nachrichten für Mitglieder und Freunde der Interessensvertretung KdEÖ im ÖAAB. Vom Autor gezeichnete Kommentare stimmen nicht immer mit der Meinung des Herausgebers überein.

Grafik: Werbeagentur Rypka, Unterberg 58-60,
8143 Dobl/Graz, www.rypka.at

Druck: Druckhaus Thalerhof, Gmeinergergasse 1 – 3,
8073 Feldkirchen bei Graz

ZVR-Nr.: 316 299 167

e-mail: kdeoe@dieexekutive.at

Eckehard Quin mit
90,99 % gewählt

11



Die Exekutive

Seit 1948 das offizielle Organ der Kameradschaft der Exekutive Österreichs
Ausgabe 5/2023

Inhalt

Jede Verwertung, insbesondere Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Mikroverfilmung, Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen bedarf der Zustimmung des Herausgebers.

I
N
H
A
L
T



Gipfelgespräch zwischen
Justizministerin Dr.in Alma Zadić
und Justizwachegewerkschaft

13



Steuerzahler sparen sich
kommendes Jahr 3,65
Milliarden Euro Steuern

15

Mehrleistung auch im
Geldbörsel positiv

17



Gedenkveranstaltung
10 Jahre Annaberg

18

Bundespolizei-
meisterschaften
Sommer 2023

32-33



Hat sich dein Name oder deine Adresse geändert?

In diesen Fällen sende uns ein E-Mail (kdeoe@dieexekutive.at).
Du kannst uns aber auch auf unserer Website
www.dieexekutive.at
deine neuen Daten bekannt geben.





Reinhard Zimmermann

Nicht die richtige Zeit für populistische Sager!

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Nicht nur die gesamte Wirtschaft sucht dringend Personal, nein auch der öffentliche Dienst. In unserem konkreten Fall auch die Polizei und die Justizwache. Mit allen Mitteln versucht der Dienstgeber Anreize für den Eintritt bei der Exekutive zu schaffen.

Für den Polizeibereich heißt das z.B. Anhebung der Gehälter während der Ausbildung, Klimaticket, Führerschein auf Kosten des BMI und Ähnliches. Leider – aus meiner Sicht – auch die Freigabe von sichtbaren Tätowierungen – aber dieser Käse ist ja gegessen, man wird sehen, ob der hastig gegessene Käse dann auch verträglich ist.

Im Gegensatz dazu spricht der neue Vorsitzende der SPÖ ständig von der 32 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. So weit so gut, aber für den Bereich der Polizei verursachen solche Sager bei mir nur Kopfschütteln. Der gute Mann hat sich vermutlich noch nicht mit unserem Dienstsysteem und den damit verbundenen Anforderungen auseinandergesetzt. Egal ob man im

Gruppendienstsysteem oder im Wechseldienstsysteem seinen täglich harten Dienst verrichtet. Einmal machen wir jeden Monat zusätzlich 28 Journaldienststunden,

Bei einer Dienststelle mit 16 Bediensteten, gut 512 fehlende Dienststunden. Nehmen wir an, dass in einem Monat 168 Plandienststunden zu verplanen wären, dann braucht man dafür gute drei Bedienstete mehr um die fehlenden PLANstunden abzudecken. Woher sollten wir das Personal nehmen?

ein anderes Mal verrichten die Kolleginnen und Kollegen eine Unmenge an Wochenenddiensten. Von den vielen Überstunden ganz zu schweigen.

Foto: Adobe Stock

Unwissenheit

Gut, wollen wir einmal nicht so sein und billigen ihm halt Unwissenheit zu. So, wenn man aber kurz und überschlagsmäßig rechnen würde, dann bedeuten acht Stunden weniger arbeiten (da lassen wir jetzt die Journaldienste und Überstunden etc. alle weg) bei einer Dienststelle mit – nehmen wir einmal an 16 Bediensteten – gut 512 fehlende Dienststunden. Nehmen wir neuerlich an, dass





in einem Monat 168 Planstunden zu verplanen wären, dann braucht man dafür gute drei Bedienstete mehr um die fehlenden PLANstunden abzudecken. Nur an dieser einen Dienststelle. Woher sollten wir das Personal nehmen? Nun, wer rechnen kann, scheint wirklich im Vorteil zu sein.

Arbeitskräftemangel

Dann gibt es noch den Herrn Vorsitzenden der SPÖ-Tirol, der hat erst gute Ideen. So liest man in einer Tageszeitung folgendes: Zahlreiche Branchen sind von Arbeitskräftemangel betroffen. Etwa die Baubranche und die Pflege. Im Tiroler Tourismus ist man auf Mitarbeiter aus dem Ausland angewiesen – auch auf Grund der de facto Vollbeschäftigung. „Es ist daher ein Gebot der Stunde, ältere Menschen in Beschäftigung zu halten. Dazu müssen Anreize für längeres Arbeiten geschaf-

fen werden – auch für jene, die bereits in Pension sind“, fordert SPÖ Tirol Chef Georg Dornauer. Dafür brauche es einerseits endlich altersgerechte Arbeitsplätze und andererseits auch rasche Maßnahmen, die das Arbeiten in der Pension finanziell attraktiver machen. Dornauer denkt an Steuerbegünstigungen für jene, die nach der Pensionierung noch aus Loyalität körperlicher Eignung und gesellschaftlichen Gründen arbeiten wollen. Könnten nur zehn Prozent der Älteren zum längeren Arbeiten motiviert werden, „wären die Effekte in Pflege, Handel oder Gastronomie bereits groß“.

Na, da ist man sich wohl innerparteilich nicht sehr einig. Das sind ja wohl doch zwei konträre Dinge, ist aber in der SPÖ auch nicht neu.

Beamten dienstrecht und Besoldungsreform

Meiner Meinung nach wären andere Dinge zur Attraktivierung besser geeignet. Wie zum Beispiel die Umsetzung des über Jahre angekündigten neue Beamten dienstrechts samt einem eigenen Exekutivteil darin und der damit verbundenen dringend nötigen Besoldungsreform.

Die Zeiten sind gerade nicht dazu geeignet, dass man mit populistischen Aussagen durch die Lande zieht.

Euer
Reinhard Zimmermann
KdEÖ-Bundesvorsitzende

Wer sorgt in der fehlenden Dienstzeit für die Sicherheit?

Die Zeiten sind gerade nicht dazu geeignet, dass man mit populistischen Aussagen durch die Lande zieht

SPENGLEREI DACHDECKEREI
WALLNER Co. & K.
 JUDENBURG

info@wallnerdach.at
 www.wallnerdach.at

Tel.: 03572-82712-10
 Fax.: 03572-84148-30



KONFITOREN
 CAFÉ
W.A. Klescher

8020 Graz-Eggenberg
 Alte Poststraße 90
 ☎ 0316/58 12 12
 www.klescher.at



TB Petar GmbH
 Technisches Büro für Elektrotechnik



Kalsdorfer Straße 12
 8072 Fernitz-Mellach
 Tel.: +43 3457 / 4060
 www.tbpetar.at
 office@tbpetar.at

Betriebsstätte:
 Dornach 20, 8443 Gleinstätten

Energieberatung, Lichttechnik, Aufmaßmessungen, Anlagenprüfung, Projektierung und Abwicklung elektrischer Anlagen für Stark- und Schwachstromtechnik und Gesamtsystemlösungen für zentrale Leitstellen

ERDBAU • SCHOTTER
OBERKOFER
 GMBH

03134-2473



☎ +43(0)664 3930039

www.fleischhacker-fenster.at

Cybermobbing soll härter bestraft werden



Gemeinsam GEGEN
HASS und HETZE!

**Hetze im Netz soll europaweit
Straftatbestand werden**

Foto: Adobe Stock

Es sind oft zunächst unscheinbare oder vermeintlich schnell abgetane Botschaften, deren Verfasser sich in der Anonymität des Internets verstecken und die an Mitmenschen oder Institutionen gerichtet sind. Oft wird dabei nicht bedacht, was hetzerische Nachrichten, Diskriminierung oder Vorverurteilung auslösen können – im schlimmsten Fall werden Menschen jenseits der Grenzen ihrer Belastbarkeit angegriffen.“ sagt Lukas Mandl, Sprecher für Inneres und Justiz der ÖVP im Europaparlament.

Der rechtliche Rahmen

In Österreich hat man das im vergangenen Jahr am tragischen Fall der Ärztin Lisa-Maria Kellermayr gesehen, deren Schicksal einzigartig ist, nicht vergessen werden darf und gleichzeitig eine mahnende Wirkung für die gesamte Gesellschaft haben muss. Der rechtliche Rahmen muss europaweit

dazu beitragen, dass Verbrechen auch als solche geahndet werden können. Dazu gehören neben Cybermobbing auch Hate Speech, gezielte Desinformationskampagnen und weitere bewusst gesetzte Aktivitäten, die unsere Gesellschaft

**Innenausschuss
des Europa-
parlaments
fordert Rat auf,
sich mit Hass im
Netz weiter zu
beschäftigen**

spalten sollen und die seelische Gesundheit von Menschen angreifen“, erklärt der Europaabgeordnete.

Zahlen lassen Alarmglocken schrillen

Besorgt über die alarmierenden Zahlen einer Studie der Universität Swansea in

Wales informiert Mandl darüber, dass etwa die Hälfte aller jungen Menschen in der EU von Cybermobbing betroffen ist. Diese erschreckende Erkenntnis verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, die Thematik auf europäischer Ebene anzugehen und gezielte Maßnahmen zum Schutz der Jugendlichen zu ergreifen.

Bewusstsein schärfen

„Vielleicht ist manchen Verfasserinnen und Verfassern einschlägiger Botschaften noch immer nicht bewusst, was sie anrichten. Dann muss aber genau dieses Bewusstsein geschärft werden. Wir müssen unsere Gesellschaft rechtzeitig vor Spaltungstendenzen und die Mitglieder unserer Gesellschaft vor Schaden an Psyche und Gesundheit insgesamt bewahren“, sagt Mandl.



Lukas Mandl
Sprecher für Inneres
und Justiz der ÖVP
im Europaparlament

Mandl: Verbrechen müssen geahndet werden können

GÖD beschließt wegweisenden Leitantrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst

Beim a.o. Bundeskongress der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) wurde ein Leitantrag beschlossen. Darin enthalten sind einige Forderungen und Ziele, für die sich die GÖD in den kommenden Jahren im Sinne aller Kollegen und Kolleginnen im Öffentlichen Dienst einsetzen wird.

Gefordert wird unter anderem eine Personal-Aufnahmeoffensive sowie die schon in vielen Regierungsprogrammen angekündigte Schaffung eines neuen Dienst- und Besoldungsrechts für den gesamten Bundesdienst. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie andere familienfreundliche Regelungen sind weiter auszubauen,

fordert die GÖD im Leitantrag. Hier soll der öffentliche Dienst eine Vorbildrolle einnehmen. Außerdem soll der Öffentliche Dienst in Zukunft verstärkt bei der Erreichung der globalen Klimaziele mitwirken.

Wichtige Zielsetzungen

„Im Leitantrag haben wir heute wichtige Zielsetzungen beschlossen, von denen wir als GÖD in den kommenden Jahren möglichst viele Schritte für Schritt gemeinsam durchsetzen werden. Einige dieser Forderungen sind auch in unserer Videokampagne „Wenn es uns nicht gäbe“ zu finden“, bekräftigt der neue GÖD-Vorsitzende, Eckehard Quin, in seiner Antrittsrede.

Grußworte

Neben dem Beschluss des Leitantrages standen auch digitale Grußworte von Bundeskanzler Karl Nehammer und ÖGB-Präsi-

Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst unter erschwerten Bedingungen. ÖGB-Präsident Katzian tat das ebenfalls und betonte die wichtige Rolle der Sozialpartnerschaft für die Stabilität in Österreich.

Gefordert wird unter anderem eine Personal-Aufnahmeoffensive sowie die Schaffung eines neuen Dienst- und Besoldungsrechts für den gesamten Bundesdienst.

Rund 800 Delegierte legten beim a.o. GÖD-Bundeskongress das inhaltliche Forderungsprogramm der GÖD fest

dent Wolfgang Katzian auf dem Programm. Nehammer würdigte darin die große



Eckehard Quin mit 90,99 % gewählt

Mit einem eindrucksvollen Ergebnis von 90,99 % wurde Eckehard Quin beim a.o. GÖD-Bundeskongress zum neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) gewählt. Als langjähriger Personalvertreter und Gewerkschafter, zu-

Unter dem Motto „Gemeinsam mehr Gerechtigkeit“ trafen rund 800 Delegierte beim a.o. GÖD-Bundeskongress am 12. September zusammen

letzt als Vorsitzender-Stellvertreter und Bereichsleiter für Dienstrecht in der GÖD engagiert sich Eckehard Quin bereits sein gesamtes Berufsleben für soziale Gerechtigkeit.

„Miteinander haben wir schon viele Meilensteine gesetzt, und ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam noch viel mehr erreichen können!“, begegnet Eckehard Quin seiner neuen verantwortungsvollen



*Eckehard Quin
neuer GÖD- Vorsitzender*

Funktion mit Zuversicht. „Ich setze mich dafür ein, dass alle KollegInnen im öffentlichen Dienst die Anerkennung und Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Denn sie sind es, die unser Land am Laufen halten und es jeden Tag stabiler, sicherer, gesünder, gebildeter und gerechter machen“, so Quin weiter.

Einsatz für Fairness

In seiner Antrittsrede dankte Quin seinem Vorgänger Norbert Schnedl, der nach knapp sieben sehr erfolgreichen Jahren seine Funktion zurücklegte: „Norbert Schnedl konnte durch seine Entschlossenheit unzählige Erfolge für die KollegInnen im Öffentlichen Dienst durchsetzen. Sein anhaltender Einsatz für Fairness hat

einen tiefen Eindruck in unserer Gewerkschaftsbewegung hinterlassen.“

Überzeugt und zielstrebig

Norbert Schnedl wünscht dem neu gewählten GÖD-Vorsitzenden Quin viel Erfolg: „Als überzeugter und zielstrebigem Personalvertreter und Gewerkschafter konnte Quin bereits in vielen Dienstrechtsnovellen sein Verhandlungsgeschick beweisen. Ich bin überzeugt davon, dass Eckehard Quin auch als Vorsitzender viele Verbesserungen für alle KollegInnen durchsetzen wird. Ich gratuliere ihm sehr herzlich und wünsche ihm gemeinsam mit seinem Team viel Erfolg in seiner neuen Funktion.“

Quin: „Ich setze mich dafür ein, dass alle KollegInnen im öffentlichen Dienst die Anerkennung und Wertschätzung erhalten, die sie verdienen.“



KdEÖ-Bundevorsitzender, Reinhard Zimmermann, übernimmt die Funktion eines Vorsitzenden-Stellvertreters in der GÖD

In den Sitzungen des GÖD-Vorstands und des GÖD-Präsidiums am 25.9.2023 wurden folgende Personalentscheidungen getroffen:

- Mit sofortiger Wirkung wurden HRin Mag.a Sandra Gaupmann (UGÖD), Mag.a Veronika Höfenstock (FCG) und Reinhard Zimmermann (FCG) in den GÖD-Vorstand kooptiert. In einer der kommenden Vorstandssitzungen wird auch eine von der FSG nominierte Person kooptiert werden.
- Mit sofortiger Wirkung wurde der Bereich Internationales eingerichtet und Dr. Norbert Schnedl mit der Bereichsleitung betraut.
- Mit 1. Dezember 2023 übernimmt Mag.a Veronika Höfenstock die Bereichsleitung Dienstrecht und wird mit gleichem Datum ins GÖD-Präsidium kooptiert.
- Reinhard Zimmermann ist mit sofortiger Wirkung ins GÖD-Präsidium kooptiert und übernimmt mit sofortiger Wirkung die Funktion eines Vorsitzenden-Stellvertreters.



Gipfelgespräch zwischen Justizministerin Dr.in Alma Zadić und Justizwachegewerkschaft

Am 11. Juli 2023 erfolgte ein Treffen zwischen Justizministerin Frau Dr.in Alma Zadić, LL.M. und Vertretern der Justizwachegewerkschaft. Ebenfalls anwesend war der Generaldirektor für den Straf- und Maßnahmenvollzug, Mag. Friedrich Alexander Koenig und die für den Strafvollzug zuständige Kabinettsmitarbeiterin, Frau Staatsanwältin Mag. Maria Lalics.

Nach gegenseitigen höflichen Begrüßungsgesten, so wie es sich bei zivilisierten Menschen eben gehört, wurden seitens des Vorsitzenden der Justizwachegewerkschaft, Albin Simma, im Namen der Justizwachebediensteten eine klare Botschaft an die Ressortleiterin überbracht, dass der derzeitige Zustand, in dem sich der Strafvollzug und die Justizwache befindet, nicht mehr hingenommen werden kann. Nicht nur der Personalmangel und der permanent existente Überbelag sondern auch der zähe und (in letzter Zeit) extrem langsame Verwaltungsapparat in der Dienstbehörde wurden konkret angesprochen.

E2b Arbeitsplätze

Das monatelange Warten nach erfolgter Dienstprüfung auf die Ernennung auf einen E2b Arbeitsplatz, die nach wie vor nicht existenten Recruitingmaßnahmen für allfällige Aufnahmewerber, den schon lange versprochenen Inspektionsdienstlerlass, eine modernere und flexiblere Dienstplangestaltung sowie eine Attraktivierung des Berufsbildes Justizwache wa-

ren die Hauptpunkte bei diesem Gespräch.

Wenige Punkte umgesetzt Nun, zwischenzeitlich erging der Inspektionsdienstlerlass an die Dienststellen und wie vorhergesagt, gibt es große Unstimmigkeiten bzw. Verunsicherungen, wie dieser Erlass individuell zu interpretieren ist, weil jede Justizanstalt unterschiedliche Dienstzeiten sowie unterschiedliche Personalbesetzungen am Wochenende praktiziert. Die Personalvertretung urgierte bereits bei der Dienstbehörde, wo man eine Evaluierung nach einer gewissen Praxisphase versprach und auch die AnstaltsleiterInnen haben diesbezüglich ein Gespräch mit unserem GD, der dieses Thema behandeln

Darf man zufrieden sein, weil einige wenige Punkte umgesetzt werden, die eigentlich von Haus aus kein Thema sein sollten? Natürlich nicht.

wird. Fakt ist jedoch, nach jahrelanger Forderung gibt es nun endlich diesen Erlass und unterm Strich gesehen ist es eine Besserstellung gegenüber dem alten System. Jene Dienststellen, die sich in der Vergangenheit großzügig aus dem jeweiligen Überstundenkontingent für eben diese ID-Dienste bedient haben, werden mit dieser neuen Verordnung keine Freude haben. Ande-

re wiederum sehen unterm Strich gesehen einer Verbesserung der monetären Abgeltung. Nichtsdestotrotz muss bei dieser Evaluierung nach einer gewissen Anlaufzeit eine gerechtere Lösung gefunden werden, gerade im Hinblick auf die Abstufungen unter den Besoldungsgruppen.

Nicht nachvollziehbar

In diesem Zusammenhang muss leider erwähnt werden, dass die Justizwachegewerkschaft die oftmalige Begründung seitens der Dienstbehörde, dass in vielen Fällen das BM-KÖS (Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport) bestimmt, was geht oder nicht und in vielen Angelegenheiten, insbesondere auch bei Aufwertungsanträgen von Planstellen, die Zustimmung dazu verweigert, nicht nachvollziehen kann. Da erwarte ich mir Gespräche auf höchster Ebene, um diese, wie es scheint, „Justizwachefeindlichen Praktiken“ einer ehemaligen juristischen Mitarbeiterin aus einer Wiener Justizanstalt, abzustellen, im Interesse einer funktionierenden Strafvollzugsverwaltung.

Auch bei den E2b Ernennungen hat sich, nach weiteren Verhandlungen zwischen PV und Dienstbehörde, eine zufriedenstellende Lösung gefunden. Man versucht nun, so rasch wie möglich, unsere KollegInnen nach erfolgter Dienstprüfung auf einen E2b Arbeitsplatz zu ernennen.

Zufrieden?

Darf man jetzt zufrieden sein, weil einige wenige Punkte umgesetzt werden,

Am 11. Juli 2023 erfolgte ein Treffen zwischen Justizministerin Dr.in Alma Zadić und Vertretern der Justizwachegewerkschaft



die eigentlich von Haus aus kein Thema sein sollten? Natürlich nicht.

Weiterhin Insassenhöchststand in vielen Justizanstalten, keine Fortschritte in der Standortfrage bezüglich Justizanstalt für Jugendliche in Gerasdorf, Kostenexplosion bei den Forensischen Zentren, vormals Sonderanstalten für geistig abnorme Straftäter, (die übrigens immer mehr werden) sowie der Personalmangel, was zur Folge hat, dass die sich im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen extremen Belastungen ausgesetzt sind. Ein Teufelskreis!

Es sind gewaltige Anstrengungen seitens der Verantwortlichen notwendig, und damit meine ich in erster Linie die Politik, damit es in naher Zukunft zu keinem Exodus im Strafvollzug kommt. Weil eines ist klar, ohne dem Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen in den Justizanstalten Österreichs wäre der Zusammenbruch des Strafvollzuges schon jetzt unausweichlich.

Ich glaube ja, dass dieser nicht mehr hinnehmbare Zustand vielen Vorgesetzten im BMJ gar nicht be-

wusst ist und erst reagiert wird, wenn etwas passiert. Hinterher, ja dann....

Die Justizwache braucht jeden Einzelnen

Und im Übrigen, Gewerkschaftsarbeit ist permanentes Streben nach Verbesserungen, fast tägliches Aufzeigen von Systemfehlern und es erfordert einen

Es sind gewaltige Anstrengungen notwendig damit es in naher Zukunft zu keinem Exodus im Strafvollzug kommt

respektvollen Umgang mit Verantwortlichen, um etwas für die Kollegenschaft erreichen zu können. Da braucht es keine Facebook-einträge, wo „angebliche“ Personalvertreter aus ihrem monatelangen Krankenstand heraus die Arbeit jener, die sich tatsächlich bemühen, lächerlich machen und immer alles besser wissen. Mein Rat dazu: „Bitte werdet wieder ge-

sund, erholt euch und tretet den Dienst wieder an, die Justizwache braucht jeden Einzelnen!“

In diesem Zusammenhang bedanke ich mich als Vorsitzender der Justizwachegewerkschaft bei allen ehrenamtlichen Funktionären in den Dienststellen, die täglich für die Kollegenschaft soziales Engagement erbringen und oft genug ein Ventil für zurecht Überforderte und infolgedessen zurecht Unzufriedene sein müssen.

Auch an jene Kolleginnen und Kollegen, die unsere Beamtenküchen leiten, uns jeden Tag schmackhafte, gesunde und vor allem kostengünstige Mahlzeiten servieren, sei an dieser Stelle ein Herzliches Dankeschön ausgerichtet. Jene, die diese Sozialleistung in Anspruch nehmen, wissen es zu schätzen, nur vergisst man manchmal Danke zu sagen, weil es schon so selbstverständlich ist.



Albin Simma
Vorsitzender
GÖD-Justizwache-
gewerkschaft



Foto: Ingo Jakubke, Pixabay

Der g'rade Michl Herbstzeit ist Wanderzeit

**„Nichts bringt uns auf unserem Weg mehr voran als eine Pause“
(Elizabeth Barrett Browning)**

Auch wenn es noch nicht so aussieht, zeitlich befinden wir uns schon im Herbst. Wenn es einmal soweit ist, die Temperaturen kühler werden, Blätter sich verfärben, das erste Laub zu Boden fällt – eines der schönen Dinge, die man in dieser (bald) bunten Jahreszeit tun kann, ist, raus in die Natur zu gehen. Sei es für einen einfachen Spaziergang oder eine schon ausgiebige Wanderung: Jung und Alt können sich dabei, möglicherweise sogar gemeinsam, mit Freude körperlich ertüchtigen.

Eine Marschrouten ist schnell zusammengestellt. In Wanderführern und auch praktischen Apps, wie beispielsweise „komoot“, findet man viele bewährte Strecken und Rundwege in ganz Österreich. Der Vorteil an jenen vorgegebenen Routen ist, neben vielen Insider-Infos zu Schwierigkeitsgrad und sonstigen Bedingungen, dass man diesen entlang meist Sehenswürdigkeiten und Einkehrmöglichkeiten vorfindet. Das empfiehlt sich

natürlich, wenn man eine Wanderung in unbekanntem Gelände, vielleicht andere Bundesländer oder gar dem Ausland, unternimmt. Und ein Pro-Tipp: Auch, wenn man von der Vielfalt des heimatischen Umlands überrascht werden will, kann es nicht schaden, solch einen Planer zu verwenden!

Vorbereitung ist die halbe Sorge

Aber wo auch immer man unterwegs ist, sollte man stets für alle Fälle gut vorbereitet sein. Je weiter und höher es in die Berge geht, desto besser sollten generell die Planungen auf den Trail sein, da sich die Wetter- und Temperaturbedingungen schnell radikal ändern können. Nachstehend ein paar wenige, aber wichtige Punkte für die anstehende Wanderung: Ein gutes Schuhwerk mit entsprechender Profiltiefe und Wandersocken (inklusive Blasenpflaster für alle Fälle) sind dabei ein Muss! Praktisch ist, wenn man sich gleich entsprechend dem Zwiebelprinzip kleidet und mehrere Lagen kombiniert, um gut für schwankende

Temperaturen gewappnet zu sein. Die Außenschicht sollte natürlich wasser- und windfest sein, die Innenschicht - bestenfalls bestehend aus Funktionskleidung - dafür atmungsaktiv und schnelltrocknend. Für längere Routen ist es außerdem unerlässlich, genug Wasser und Energieriegel mit dabei zu haben, um sich bei Kräften zu halten.

Beherzigt man diese kurzen Tipps, die mit weiteren in sämtlichen Wanderblogs und -artikeln ausführlich beschrieben stehen, kann man beruhigt, wenn auch nicht kopflos, zur nächsten Wanderung aufbrechen und den Herbst in seiner ganzen Pracht genießen!

Doch, einer fehlt noch. Nicht vergessen: „Nichts bringt uns auf unserem Weg mehr voran als eine Pause“ (Elizabeth Barrett Browning)

Steuerzahler sparen sich kommendes Jahr 3,65 Milliarden Euro Steuern

Trotz hoher Inflation gilt es, die Kaufkraft zu erhalten. Die wichtigste strukturelle Maßnahme dazu war die Abschaffung der kalten Progression. Dadurch wurde die schleichende Steuererhöhung beendet.

Gemeinsam mit dem Direktor des Instituts für höhere Studien (IHS), Holger Bonin, präsentierte Finanzminister Magnus Brunner die Auswirkung der Reform für das kommende Jahr. Der vom IHS zusammen mit dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) erstellte Progressionsbericht zur kalten Progression zeigt: Insgesamt sparen sich Österreichs Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Jahr 2024 allein durch diese Maßnahme rund 3,65 Milliarden Euro.

„Wir geben den Menschen das Geld zurück, das ihnen die Inflation genommen hat. Die Abschaffung der kalten Progression ist ein historisches Paket der Republik. So entlasten wir die Österreicherinnen und Österreicher langfristig“, so Finanzminister Magnus Brunner.

Bis 2022 waren Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ab einem Einkommen von 11.000 Euro steuerpflichtig. Heuer liegt diese Grenze

durch die Reform bei 11.693 Euro; im kommenden Jahr ist erst ein Einkommen ab rund 12.500 Euro steuerpflichtig.

Mehr Netto vom Brutto ist Akt der Fairness „Diese Summe kommt zur Gänze jenen Menschen zugute,

„Die Abschaffung der kalten Progression ist ein historisches Paket der Republik. So entlasten wir die Österreicherinnen und Österreicher langfristig“, so Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP).

die ein Einkommen beziehen und von der kalten Progression betroffen wären. Für mich ist es ein Akt der Fairness, dass den arbeitenden Menschen, die von der Teuerung betroffen sind, mehr Netto vom Brutto bleibt“, sagt Brunner.

Zwei Drittel der kalten Progression werden Jahr für Jahr direkt und automatisch über die Anpassung der Tarifgrenzen und Absetzbeträge an die Menschen zurückgegeben. Das verbleibende Drittel wird ebenso garantiert an Bezieher von Einkommen zurückgegeben. Es ist dafür gedacht, gezielte Schwerpunkte je nach Rahmenbedingungen zu setzen.

IHS-Direktor Holger Bonin: „Damit könnte man die Steuerpflichtigen mit niedrigeren Einkommen, die unter der Inflation derzeit besonders leiden, stärker entlasten, indem man zum Beispiel die unteren Tarifgrenzen zusätzlich anhebt.“

Inflation gemeinsam im Auge behalten

Als gemeinsame Herausforderung sehen Brunner und Bonin, die Auswirkungen der Inflation im Auge zu behalten und darauf zu reagieren. Österreichs Inflation ist im Juli auf sieben Prozent gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit März 2022 und bestätigt den prognostizierten deutlichen Rückgang bis Jahresende. Der Höhepunkt der Inflation ist damit seit mehr als einem halben Jahr überschritten.



BM Magnus Brunner:
„Progressionsbericht von IHS und WIFO zeigt: Menschen bekommen zurück, was die Inflation ihnen genommen hat.“



Foto: BKAC/Christopher Dunker



Internationale Schüttguttransporte

Josef Prangl Straße 4
A-8141 Premstätten
Tel: 0043/6766620240



IB - ZELZER Ingenieurbüro für Elektrotechnik Ing. Alexander Zelzer

Dechant Thalier-Straße 34/II, 8430 Leibnitz
+43 3452 76 400, office@ib-zelzer.at

**Projektierung und Planung
Bauaufsicht**



Täglich
von 09.00 bis 21.00 Uhr
Küche bis 20.00 Uhr
(kein Ruhetag)

Gasthaus Kreuzwirt

Annaplatz 2 | 8020 Graz
tel: +43 316 57 44 40
m: office@kreuzwirt-graz.at

MÖRTH PFLASTERUNGEN

Natursteinpflaster ● Betonsteinpflaster ● Planung/ Gestaltung

0664/966 97 99

Am Hochweg 15, 8435 Wagner

www.moerth-pflasterungen.at



Janko Tech

Haustechnik & Sanierung

☎ 0664/9210206

🌐 www.janko-tech.at

✉ office@janko-tech.at

🏠 Judendorfstr. 96, 8071 Hausmannstätten

Mehrleistung auch im Geldbörstel positiv

Liebe Freundinnen
und Freunde des ÖAAB!

In den vergangenen Monaten haben wir mit zahlreichen Maßnahmen die Menschen in unserem Land unterstützt.

So wurde beispielsweise die schleichende Steuererhöhung mit 1. Jänner 2023 abgeschafft. Damals wurde bestimmt, dass zwei Drittel der Kalten Progression via Anhebung der Tarifgrenzen an die erwerbstätigen Menschen automatisch

Um Mehrleistung auch steuerlich anzuerkennen, wird der monatliche Freibetrag dauerhaft von 86 Euro auf 120 Euro angehoben werden.

zurückgegeben werden. Im Rahmen des „verbleibenden Drittels“ – also des noch nicht erfassten Volumens – werden nun die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unterstützt und die Lebensumstände erleichtert. Ein erheblicher Teil des verbleibenden Drittels fließt in eine zusätzliche Anpassung der Tarifgrenzen und Absetzbeträge.

ÖAAB-Forderung umgesetzt
Dieses verbleibende Drittel verschafft aber nun



Foto: Adobe Stock

auch den Spielraum, eine ÖAAB-Forderung umzusetzen: Die Ausweitung der steuerlichen Begünstigung von Überstunden. Um Mehrleistung auch steuerlich anzuerkennen, wird der monatliche Freibetrag dauerhaft von 86 Euro auf 120 Euro angehoben werden. Zeitlich befristet, für eine Dauer von zwei Jahren, wird überdies der monatliche Freibetrag für 18 Überstunden 200 Euro im Monat betragen.

Diese Maßnahme ersetzt zwar nicht derzeit fehlende Arbeitskräfte, schafft aber eine Möglichkeit, den vorherrschenden Mangel finanziell etwas auszugleichen.

Im Geldbörstel positiv

Auch bei der Bekämpfung der Teuerung wird den Menschen so die Möglichkeit gegeben, dass sich ihre Mehrleistung auch im Geldbörstel positiv niederschlägt. Zudem wird der monatliche Freibetrag für Schmutz-, Erschwernis- und Gefahreneinlagen sowie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit auf 400 Euro angehoben werden. Damit wird Leistung eindeutig belohnt.

August Wöginger



Foto: Simonis

August Wöginger
ÖAAB-Bundesobmann



Zum Gedenken an unsere verstorbenen Kameraden

Unsere alljährliche Totengedenkmesse

findet heuer am Dienstag, 14. November 2023 um 16,00 Uhr in der Votivkirche, Rooseveltplatz 8, 1090 Wien statt.

Die KdEÖ lädt dazu sehr herzlich ein!

Gedenkveranstaltung 10 Jahre Annaberg

Am 14. September 2023 fand im Beisein von Innenminister Gerhard Karner, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, MR Siegfried Gundel, BA MA, Direktor DSE MR Bernhard Treibenreif, BA MA, Vertretern des Roten Kreuzes, der Geschäftsführung der Landespolizeidirektion Niederösterreich, allen voran Landespolizeidirektor Franz Popp, BA MA, samt Führungskräften und Mitarbeitern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, am Gedenkstein in Annaberg eine Gedenkveranstaltung statt.

Zahlreich erschienen sind auch Angehörige der am 17. September 2013 ums Leben gekommenen Einsatzkräfte der Polizei und Rettung. Die würdevolle Andacht wurde von Obstlt Matthias Grabner, BA MA moderiert und von Polizeiseelsorger MMag. Pius Reinhard Feiler, Can.Reg. zelebriert.

Evaluierung

Der Ablauf des Einsatzes in Annaberg und in Großpriel wurde von einer Kommission des Bundesministeriums für Inneres evaluiert. Bei Einsatztrainings der Polizei liegt seither unter anderem noch mehr der Fokus auf Eigensicherung und auf einsatztaktisch optimierte Herangehensweisen bei den verschiedensten Amtshandlungen. Die Neuerung durch das Einsatzleit- und Kommunikationssystem (ELKOS) stellt ebenfalls eine wesentliche Arbeits-

erleichterung dar. Verbessert wurde außerdem die Schutzausrüstung der Einsatzkräfte der Polizei.

Die Taten in Annaberg haben in der Kollegenschaft der Polizei tiefe Spuren hinterlassen, die noch heute deutlich spürbar sind.

Foto: ©BMI Makowecz



Zahlen und Fakten zum Personalstand der Polizei

Die vor wenigen Monaten präsentierten Rekrutierungsmaßnahmen im Bereich der Exekutive greifen. Das Interesse am Polizeiberuf hat sich verdreifacht.

Ein kurzer Faktencheck belegt, dass sich die seit 1. Juli 2023 in Kraft getretenen Adaptierungen beim Polizei-Aufnahmeverfahren positiv auf die Bewerberzahlen auswirken. Allein für den Ausbildungsstart im Juni 2023 hatten sich 1.068 Personen beworben, für Dezember 2023 gibt es bereits 3.226 Bewerberinnen und Bewerber. Mit aktuell 32.000 Polizistinnen und Polizisten ist ein historischer Höchststand bei der Polizei erreicht.

Geringe Fluktuation und stärkeres Interesse am Polizeiberuf

Am 1. September 2023 starteten 607 junge Polizeischülerinnen und Polizeischüler ihre Ausbildung. Im Jahr 2023 wurden über 1.100 neue Polizistinnen und Polizisten aufgenommen. Das Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Polizeiberuf hat sich verdreifacht. Demgegenüber haben im vergangenen Jahr 450 Polizistinnen und Polizisten ihren Beruf

verlassen, was gemessen an allen Polizeibediensteten einer Fluktuation von 1,4 Prozentpunkten entspricht. Aufgrund des demographischen Wandels in der Bevölkerung und der höheren Wechselfreudigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern waren diese Zahlen vorhersehbar und wurden in der Personal- und Aufnahmeplanung berücksichtigt.

Ein Blick auf den Personalstand der Polizei in den vergangenen Jahren zeigt, dass die Zahl der Polizistinnen und Polizisten stetig gestiegen ist: 2015 gab es 27.900 Bedienstete, 2017 waren es 29.000, 2019 waren mehr als 30.000 und aktuell ist mit 32.000 Polizistinnen und Polizisten ein Höchststand beim Polizeipersonal zu verzeichnen.

**2015 gab es 27.900
Polizistinnen und
Polizisten und aktuell
ist mit 32.000 ein
Höchststand zu
verzeichnen**



Foto: BMI/Gerd Pachauer

Maßnahmen zeigen Wirkung

Die positive Entwicklung der Bewerbungseingänge ist unter anderem auf Maßnahmen zurückzuführen, von denen Polizeischülerinnen und -schüler seit Juli 2023 profitieren: ein höheres Gehalt, die Möglichkeit, den Führerschein während der Ausbildung zu machen, ein Gratis-Klimaticket während der Ausbildung sowie Lockerungen bei den Richtlinien bezüglich Tätowierungen. Weiters soll ein Prämiensystem als Anreiz für Beamtinnen und Beamte dienen, weitere Interessierte anzuwerben.

Maßnahmen zeigen Wirkung

Die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ist seit Jahren stetig gestiegen





Pugl

WEIN.GUT.PUGL

WEINGUT – BUSCHENSCHANK – EDELBRÄNDE – GÄSTEZIMMER

NESTELBERG 32, 8452 GROßKLEIN – 03456 / 2662 – WEIN@WEINGUT-PUGL.COM



ECOTREM GmbH
Vermietung und Verkauf

**MIET-TRANSPORTER und
MIET-PKWs von ECOTREM GmbH:
Immer eine sichere Entscheidung!**

**Verschiedene Modelle
Tages- und Langzeitmieten
Überzeugendes Preis-Leistungs-Verhältnis**

Öffnungszeiten
Montag - Freitag, 8:00-12:00 und 13:00-17:00

Adresse
Industriezeile 1/12 • 8401 Kaisdorf bei Graz

Telefon & E-Mail
info@ecotrem.com • +43 664 88 84 1111

Besuchen Sie uns auch auf Instagram und
auf unserer Homepage www.ecotrem.com

Bau Erhart GmbH

MANFRED ERHART



A 8505 St. Nikolai im Sausal
Petzles 7

☎ +43 664 / 53 11 912

✉ office@bau-erhart.at

www.bau-erhart.at

BAUBERATUNG ÖRTLICHE BAUAUFSICHT BAULEITUNG SANIERUNG

Im Kampf gegen die Schleppermafia setzt die Polizei weiter auf konsequente Grenzkontrollen und modernstes Gerät.

Seit 4. August 2023 sind sieben Herzschlagdetektoren in Betrieb, mit denen bei Lastwagen binnen Minuten überprüft werden kann, ob sich jemand auf der Ladefläche versteckt. Bisher musste, wenn es einen Verdacht gab, der Lkw aufwendig ausgeräumt werden. „Herzschlagdetektoren werden bei den Grenzkontrollen eine wichtige Rolle spielen. Die Geräte entsprechen dem neuesten Stand der Technik, die Polizei kann so die kriminellen Schlepper noch effizienter bekämp-



Innenminister Gerhard Karner mit den Inspektoren Dominik Heigl (l.) und Daniel Bindinger (r.) bei der Vorstellung des Geräts.

Foto: © BMI/ Jürgen Makowecz

Modernstes Gerät gegen die Schleppermafia

fen“, sagte Innenminister Gerhard Karner bei der Vorstellung und Übergabe der Geräte in Nickelsdorf. Die Grenzkontrollen zeigen zusammen mit den schnellen Asylverfahren und den konsequenten Abschiebungen Wirkung. So hat es im vergangenen Juni 5.002 Asylanträge gegeben, das ist ein Rückgang um rund fünfzig Prozent. Das schlägt sich auch massiv bei den Aufgriffen nieder. Im zweiten Halbjahr 2022 hat es in Oberpullendorf und Neusiedl am See – den zwei am meisten belasteten Bezirken – 56.400 Aufgriffe nach illegalen Grenzübertritten gegeben. Heuer waren es im ersten Halbjahr knapp 9.800.

Massive Unterstützung
Sechs Geräte für die Herzschlagdetektion werden bei der Grenzpunkt- und Grenzraumüberwachung in Österreich zum Einsatz kommen. Ein System ist für Einsätze im Ausland vorgesehen, etwa an der EU-Außengrenze. „Am Grenzübergang Nickelsdorf

passieren tagtäglich rund 2.700 Lkw die Grenze nach Österreich. Die Herzschlagdetektoren sind für uns eine massive Unterstützung, um die Schlepperkriminalität zu bekämpfen und Menschenleben zu retten“, betonte Bundespolizeidirektor Michael Takacs. Die Vorteile liegen auf der Hand: Der

Österreich werde weiterhin in moderne Ausrüstung investieren, betonte Innenminister Gerhard Karner.

Transitverkehr wird durch die kurzen Kontrollen so gering als möglich belastet, gleichzeitig können illegal Einreisende aus einer möglicherweise lebensbedrohenden Situation befreit werden.

Effizientere Überprüfung
Die Sensoren der Geräte werden außen auf den Lkw angebracht und erfassen Schwingungen, die von

Lebewesen auf Fahrzeuge übertragen werden. Die oftmals schwer durchsuchbaren Innenräume der Fahrzeuge können somit effizienter überprüft werden. Zusätzliche Referenzsonden, die Schwingungen durch Bodenerschütterungen oder Wind erkennen, steigern die Erfassungsgenauigkeit der Detektoren.

Wärmebildfahrzeuge
Österreich werde weiterhin in moderne Ausrüstung investieren, betonte Innenminister Karner. Sieben zusätzliche Wärmebildfahrzeuge werden angeschafft, zudem gibt es weitere Wärmebild- und Nachtsichtausrüstung für die Polizistinnen und Polizisten im Grenzeinsatz. Die Drohnenflotte für den Grenzschutz wird ebenfalls weiter ausgebaut. Derzeit betreibt die Polizei 300 Drohnen, 50 weitere sollen 2024 dazukommen.

Derzeit betreibt die Polizei 300 Drohnen, 50 weitere sollen 2024 dazukommen

Weiterentwicklung der polizeilichen Ausbildung zur Bekämpfung der Cyberkriminalität



Foto: Adobe Stock

Zum Thema „IT-Sicherheit“ gibt es einen gesonderten Schwerpunkt an der HTL Leonding mit einem eigenen Unterrichtsfach

Das erste Cyber-Trainings Center nahm am 8. August 2023 in Oberösterreich seine Arbeit auf. Damit wird ein Kernelement der Kriminaldienstreform umgesetzt.

Das vordringlichste Ziel der Kriminaldienstreform ist, die Polizei modern und zeitgemäß aufzustellen, um damit schlagkräftig und erfolgreich im Kampf gegen die Internetkriminalität zu sein“, sagte Innenminister Gerhard Karner bei der Präsentation.

Kriminelle Energie

„Wir erleben aktuell eine anhaltende Welle an krimineller Energie aus dem Internet – auch gegen Unternehmen, und wir erleben insbesondere staatlich gesteuerte Angriffe auf Daten und kritische Infrastruktur in Europa“, sagte LHOÖ-Stellvertreterin Haberlander (ÖVP). „Insbesondere erfährt der Bereich der Cyber-Kriminalität eine Verdreifachung der Fallzahlen in den vergangenen sieben Jahren, daher wollen wir den Standort Oberöster-

reich in Zusammenarbeit mit Sicherheitskräften und der Wissenschaft mit aller Konsequenz schützen, auch nachhaltig.

BM Karner:
„Ich danke den beteiligten Polizistinnen und Polizisten der LPD OÖ für ihren vorbildlichen Einsatz bei der Entwicklung des Pilotprojekts.“

Neben der Modernisierung der Ausbildungsinhalte an der Sicherheitsakademie wird auf operativer Ebene in jedem Landeskriminalamt (LKA) ein Cybercrime-Training-Center (CCTC) eingerichtet. Der Startschuss für die Umsetzung eines Pilotbetriebs in der Landespolizeidirektion Oberösterreich erfolgte am 8. August 2023. Der Fortbildungsbetrieb soll im Frühjahr 2024 aufgenommen werden. Es handelt sich um moderns-

te Fortbildungszentren mit einem praxisnahen „Hands-On“-Trainingskonzept, wo in Kleingruppen von bis zu zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein erfahrungsorientiertes Lernen stattfinden kann.

Auf Zielgruppen abgestimmt

In den CCTC der LKA werden verschiedene aufeinander abgestimmte Trainingsprogramme angeboten: Für Polizeibedienstete, die aufbauend auf der polizeilichen Grundausbildung ein vierjähriges Cybercrime-Grundmodul absolvieren können, und für Bedienstete des Innenressorts, die überwiegend im kriminalpolizeilichen Dienst tätig sind. Diese Fortbildungen werden von einem Trainerpool bedient, das aus Expertinnen und Experten der Landespolizeidirektionen und des Bundeskriminalamts besteht.

Externe Referentinnen

Andererseits werden dort auch IT-Expertinnen und -Experten, Cybercrime-Ermittlerinnen und -Ermittler sowie IT-Forensikerinnen und -Forensiker mit Etablierung der CCTC ausgebildet. Dabei wird auf externe Referentinnen und Referenten zurückgegriffen und die Vernetzung mit der Wissenschaft verstärkt. Für die Administration und Weiterentwicklung der CCTC werden in den LKA eigens verantwortliche Bedienstete etabliert. Das Bundeskriminalamt übernimmt als zentraler kriminalpolizeilicher Bildungsanbieter die österreichweite Koordination der Lehrinhalte.

Asyl- und Fremdenwesen – Immer mehr Asylantragsteller verlassen Österreich

Im ersten Halbjahr 2023 haben mehr Asylantragsteller Österreich verlassen, als neue Asylanträge gestellt wurden, das ging aus der Halbjahresstatistik der Asylzahlen hervor, die am 31. Juli 2023 veröffentlicht wurde.

Innenminister Gerhard Karner und BFA-Vizedirektorin Karoline Preißer haben am 31. Juli 2023 die Asylstatistik und die Abschiebungen für das erste Halbjahr 2023 erläutert. Nach den Fluchtbewegungen nach Österreich im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, die auch die Schleppermafia für ihr Geschäft benutzt hat, gehen die Zahlen der Asylanträge stark zurück. Im ersten Halbjahr 2023 gab es 22.990 Asylanträge, ein Rückgang um 30 Prozent. Im Juni sanken die Zahlen sogar um die Hälfte.

Beim Vergleich der Asylanträge gegenüber den Schnellverfahren (4.360), Abschiebungen (5.872) und Menschen, die Österreich freiwillig wieder verlassen haben (18.500) wird sichtbar, dass im ersten Halbjahr weniger Antragsteller nach Österreich gekommen sind, als das Land wieder verlassen haben (rund 23.000 gegenüber rund 28.000).

Grenzkontrollen

Innenminister Karner nannte drei Maßnahmen, die das Innenministerium gesetzt hat, um die Asylantragszahlen zu senken. Erstens, konsequente Grenzkontrollen. So unterstützt Österreich die Staaten Ungarn, Serbien und Mazedonien beim Schutz ihrer Grenzen mittels Grenzpunktkontrollen. Derzeit stehen 130 österreichische Polizistin-



Foto: Adobe Stock

nen und Polizisten dort im Einsatz, um die grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen. Auch mit internationalen Grenzraumkontrollen wie der Operation Fox in Ungarn werde

Im ersten Halbjahr 2023 haben mehr Asylantragsteller Österreich verlassen, als neue Asylanträge gestellt wurden

Schlepperkriminalität und Asylmissbrauch vor der österreichischen Staatsgrenze bekämpft. Zudem bleiben die Grenzpunktkontrollen zu Ungarn und Slowenien weiter aufrecht, ebenso wie flexible Grenzraumkontrollen, etwa an der Grenze zur Slowakei oder Italien.

Schnelle Asylverfahren

Der zweite von Karner genannte Punkt sind effiziente und schnelle Asylverfahren. Personen aus Staaten

wie Marokko, Bangladesch oder Indien, die praktisch keine Chance auf Asyl haben, durchlaufen schnelle Asylverfahren. Im ersten Halbjahr 2023 konnte das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) so 4.360 Schnell- und Eilverfahren (28 Tage respektive 72 Stunden) abwickeln. Viele Asylwerber verlassen Österreich daher bereits vor Abschluss des Verfahrens, 2023 waren es bisher 18.500 Personen.

Außerlandesbringung

Die dritte Maßnahme sind Abschiebungen. Im ersten Halbjahr 2023 führte das BFA 5.872 Außerlandesbringungen durch, das ist eine Steigerung um knapp 20 Prozent. „Durch konsequente Außerlandesbringungen durchkreuzen wir das Geschäftsmodell der Schleppermafia und sichern das Asylsystem für jene, die es tatsächlich brauchen“, sagte dazu Innenminister Karner. „Ohne die Durchsetzung von rechtskräftigen Asylentscheidungen kann es kein glaubwürdiges Asylsystem geben.“

Österreich werde die Asylbremse weiter anziehen, sagte Innenminister Gerhard Karner.



BAUMEISTER
DI(FH) Markus Stangl



PLANUNG • PROJEKTMANAGEMENT
BAUKOORDINATION • AUSFÜHRUNG

Hauptstraße Wagna 25/3 • 8435 Wagna • Tel.: +43 664 6359232
office@bm-stangl.com • www.bm-stangl.com

Herz-Jesu Apotheke Graz

Mag. Claudia Rodas Gruber



8010, Nibelungengasse 26

Tel: ++ 43(0)316 8306 29

Fax: ++ 43(0)316 8306 2919

office@apotheke-herz-jesu.at

www.apotheke-herz-jesu.at



SCHÖNWETTER
BAU

Besuchen Sie unsere
Ausstellungsräume &
unseren faszinierenden
Mustergarten.

8422 St. Nikolai / Dr., Sulzegg 84

Telefon + Fax 03184 / 26077

Mobil 0664 / 53 58 948

office@schoenwetter-bau.at

www.schoenwetter-bau.at



ABWASSERVERBAND LIEBOCHTAL

Packer Straße 85 • 8501 Lieboch • office@awv-liebochtal.at

◆ Malerei ◆ Anstrich ◆ Fassaden ◆ Bodenbeschichtungen



Malermeister
Daniel Hellberger

Tel.: 0664 / 355 09 20

8444 St. Andrä-Höchst, Reith 42 www.malermeister-hellberger.at

Der Flughafen Wien-Schwechat ist sowohl Arbeitsplatz für viele verschiedene Berufsgruppen als auch internationaler Verkehrs- und Reiseknotenpunkt, weshalb er als kritische Infrastruktur eingestuft ist.

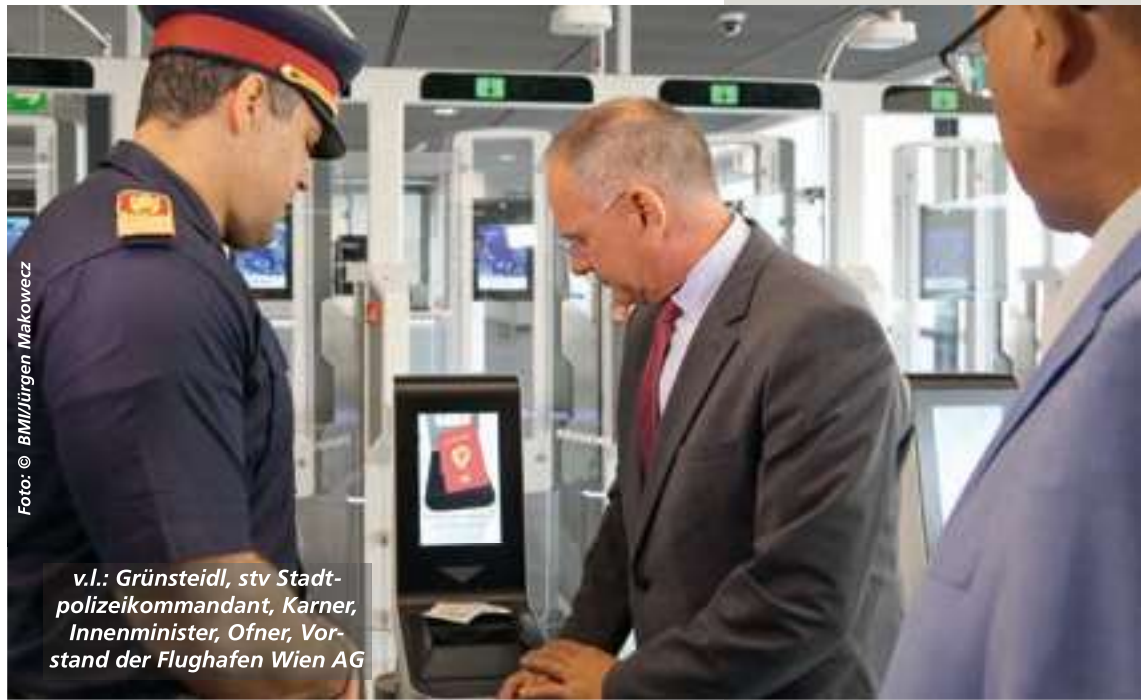


Foto: © BM/Jürgen Makowecz

v.l.: Grünsteidl, stv Stadtpolizeikommandant, Karner, Innenminister, Ofner, Vorstand der Flughafen Wien AG

Sicherheit am Airport

Die Polizistinnen und Polizisten haben drei wesentliche Tätigkeitsfelder am Flughafen Wien-Schwechat, sagte Innenminister Gerhard Karner im Rahmen der Präsentation neuer Sicherheitsmaßnahmen am 02.08.2023 in Schwechat.

Schutz der Infrastruktur

Erstens, der Schutz der Infrastruktur: Der Flughafen hat ein tägliches Passagieraufkommen von oft mehr als 100.000 Passagieren und damit einen hohen Sicherheitsbedarf. Unterschiedliche internationale Bedrohungslagen haben in den vergangenen Jahren immer größere Anforderungen an die Polizistinnen und Polizisten gestellt.

Diese Herausforderungen für die Exekutivbediensteten reichen von der Innen- und Außensicherung des gesamten Flughafenareals über die Überprüfung von herrenlosen Gepäckstücken bis hin zur Abwicklung von Staatsbesuchen. Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und durch Versammlungen von Klima-Ak-

tionisten hätten sich diese Herausforderungen noch weiter erhöht, so Innenminister Karner.

Kriminaldienst

Zweites wichtiges Tätigkeitsfeld ist der Kriminaldienst: Der Flughafen als Drehscheibe für internationale Reisetätigkeiten bringt auch verschiedene Formen der Kriminalität mit sich. Besonderer Fokus liegt auf dem Vorgehen gegen Suchtgifthandel, aber auch

Fokus auf Schutz der Infrastruktur, Kriminaldienst und Grenzkontrollen

gegen die Schleppermafia. In den vergangenen Jahren wurden umfangreiche Maßnahmen im Kampf gegen die Schleppermafia gesetzt, wo der Flughafen eine zentrale Rolle einnimmt.

Grenzkontrollen

sind die dritte zentrale Aufgabe der Exekutive: Der Flughafen Wien-Schwechat

ist die größte Grenzkontrollstelle in Österreich, dies stellt bei dem hohen Passagieraufkommen eine große Herausforderung dar. Jede Kontrolle muss mit Hinblick auf die Luftfahrzeugsicherheit, die Flughafensicherheit sowie zur Verhinderung von illegalen Einreisen und der Verwendung gefälschter Dokumente durchgeführt werden.

Mehr Personal

Die Anzahl der Grenzkontrollkojen soll von 40 auf 100 Kojen aufgestockt werden, gebaut werden diese in gemeinsamer Absprache zwischen Polizei und Flughafen. Außerdem werden zehn weitere E-Gates angeschafft. Das Personal der Landespolizeidirektion Niederösterreich wurde seit dem 1. Dezember 2020 von rund 540 auf rund 660 Bedienstete erhöht, was einer Steigerung von über 20 Prozent entspricht.

Neue Maßnahmen für mehr Sicherheit am Flughafen Wien-Schwechat